

Sicherheitsinitiative „Bahnsteigkante“

Unternehmen und Behörden streiten: Gibt es mehr Gewalt in der Öffentlichkeit als früher? Oder empfindet man das so, weil die Medien mehr als zuvor darüber berichten? Wir stellen fest: Viele Menschen fürchten sich vor Gewalt auf Bahnsteigen und in S- und U-Bahnen.

Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat deshalb jetzt eine Initiative für mehr Sicherheit im Nahverkehr gestartet. Darin setzt die SPD unter anderem auf ein Alkohol- und Waffenverbot im Hamburger Verkehrsverbund (HVV) sowie auf Sicherheits- und Servicekräfte für den Bahnsteigen. Diese „Initiative Bahnsteigkante“ erwischte den Senat offensichtlich auf dem falschen Fuß. Während CDU-Innenminister Christoph Ahlhaus spontan von „Populismus“ sprach, befürwortete CDU-Fraktionschef Frank Schira die Idee, Geld für zusätzliches Personal statt für bunte Werbekampagnen auszugeben.

„Die schockierenden Fälle von Gewalt im Nahverkehr zwingen zum Handeln“, sagte SPD-Fraktionschef Michael Neumann, der die Initiative entwickelt hat. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion fordert in ihrem Antrag vor Verstärkung der Präsenz von Service- und Sicherheitskräften auf den Bahnsteigen eine Fahrgastbefragung. So kann ein Überblick über Gefahrenlage, Sicherheitsgefühl und problematische Zeiträume an den verschiedenen Stationen erlangt werden. Neben dem Waffen- und Alkoholverbot in den Bahnen soll die Videoüberwachung auf alle Verkehrsmittel des HVV

ausgeweitet werden. Zur Finanzierung der Service- und Sicherheitskräfte soll geprüft werden, ob und inwieweit eine Finanzierung aus Mitteln der Arbeitsmarktförderung möglich ist.

Neumann spricht sich dafür aus, erfolgversprechende Ansätze – etwa das Verbot von Alkoholkonsum und Waffen – möglichst schnell umzusetzen. Er verweist auf die Erfahrung des Nahverkehrsunternehmens Metronom, das Straftaten durch ein konsequentes Alkoholverbot eindämmen konnte. „Die derzeit geltenden HVV-Regelungen zu Waffen reichen nicht. Ein eindeutiges Verbot



Rathaus-Report

Nr. 02/2010



Haushalt:
Die Zeit des Schönredens ist vorbei

Ermittlungen:
Finanzskandal um Senator Frigge

Sicherheit im Nahverkehr:
SPD-Initiative „Bahnsteigkante“

Rückschau auf unsere Termine

Deutschland – Türkei: Gemeinsame Geschichte wieder entdecken

12.4.2010 / Frank-Walter Steinmeier und Edzard Reuter: Mit Hilfe der Bundestagsabgeordneten Aydan Özoguz hatten wir ein hochkarätiges Podium gewinnen können, um im – bis auf den letzten Platz – gefüllten Kaisersaal an die besondere Verbindung Deutschlands mit der Türkei zu erinnern: Nicht nur kamen viele türkischen Gastarbeiter nach Deutschland, es gibt auch eine Vielzahl Deutscher, die in der Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen in die Türkei flohen. Ernst Reuter war einer von ihnen. Sein Sohn Edzard Reuter lebte entsprechend 12 Jahre in Ankara. Der ehemalige Daimler-Vorstandsvorsitzende bezeichnet sich seither als „Halb-Türke“. Als Außenminister gründete Frank-Walter Steinmeier die „Ernst-Reuter-Initiative“ für Dialog und Verständigung zwischen den Kulturen. Eine Projektgruppe des Wirtschaftsgymnasiums St. Pauli vervollständigte den Abend durch persönliche Erfahrungen, Musik und gute Fragen. Moderation: Aydan Özoguz

Friedlich in die 3. Halbzeit – Keine Gewalt im Fußball

29.3.2010 / Friedlich in die 3. Halbzeit, unter diesem Motto lud die SPD-Bürgerschaftsfraktion zu einer Podiumsdiskussion zum Thema „Kein Platz für Gewalt im Fußball“ ins Schanzenviertel ein. Die Resonanz war sehr groß und so konnten Experten aus der Fanszene mit Corny Littmann und Vertretern der Polizei unter Moderation und Leitung der sportpolitischen Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Juliane Timmermann, intensiv über Lösungsansätze debattieren, um Gewalt am Rande von Profispielen entgegenzuwirken. Die Bürgerschaftsfraktion wird sich diesem Thema weiterhin widmen und fordert, analog zu anderen Bundesländern, endlich die Einsetzung eines ständigen Ausschusses auf Landesebene, um Gewalt vor der Entstehung entgegenwirken zu können, wie es bundesweit seit 1994 Standard sein sollte.

→ INFO

Möchten Sie:

- den Rathaus-Report bestellen,
- den E-Mail-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- den Bildungs-Newsletter der SPD-Fraktion bestellen,
- eine Sitzung der Bürgerschaft besuchen,
- Kontakt zu Angeordneten aus Ihrem Stadtteil aufnehmen?

Dann schreiben Sie uns:

SPD-Bürgerschaftsfraktion
Hamburger Rathaus (3. Stock)
Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg
Tel.: 428 31 13 25, Fax: 428 31 24 35
E-Mail: info@spd-fraktion-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Britta Ernst, SPD-Bürgerschaftsfraktion, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg

42.500 mal „Nein“ zur Kita-Gebührenerhöhung

Über 42.500 Menschen haben die Volkspetition gegen die Erhöhung der Kita-Gebühren unterschrieben – 10.000 waren erforderlich, um das Thema erneut in die Bürgerschaft zu bringen.

Die SPD-Fachsprecherin für Familienpolitik bezeichnet das als „Chance für den Senat“, die Gebührenerhöhung zurückzunehmen. Diese ist einseitig gegen die Hamburger Eltern gerichtet. Eltern werden teilweise zusätzlich mit über 100 Euro monatlich belastet und die deutliche Gebührenerhöhung trifft nicht nur die besser verdienenden Eltern, wie Schwarz-Grün der Stadt weiß machen will. Eine negative Entwicklung macht sich schon bemerkbar: In den Horten haben bereits Eltern ihre Kinder abgemeldet.

Basis seine Kita-Politik bewertet. Jahrelang hat er den Eltern vorgegaukelt, er nehme frühkindliche Bildung ernst. Jahrelang hat er beteuert, die Kitabetreuung schrittweise auszubauen, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu verbessern, die Qualität zu erhöhen und die Betreuung nach und nach kostenfrei zu stellen. Jetzt erleben die Eltern das genaue Gegenteil. Der Senat hat die Eltern getäuscht und bekommt jetzt die Quittung.

Die SPD leugnet die angespannte

Haushaltslage nicht. Doch jetzt sollen Hamburgs Eltern für die Fehler des Senats den Kopf halten. Das ist inakzeptabel. Nicht zuletzt die völlig aus dem Ruder gelaufenen großen Bau- und Infrastrukturprojekte zeigen, dass es in Hamburg Sparpotenziale gibt, die nicht zu Lasten von Familien gehen. Verantwortliche Politik setzt Prioritäten – notfalls müssen eben spektakuläre Großprojekte warten.

Ein Kostenvergleich der IW Consult GmbH unter Deutschlands

100 größten Städten hat unterdessen Hamburg erneut als eine der teuersten Städte bei der Kinderbetreuung in Deutschland ausgemacht – wobei die aktuellen Gebührenerhöhungen noch gar nicht berücksichtigt wurden: Eine vierköpfige Familie mit einem Nettoeinkommen von 3.430,- Euro und einem Acht-Stunden-Elementarplatz trägt fast 70 Prozent der anfallenden Kosten selbst. Eine alleinerziehende Mutter mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 1.840,- Euro und einem Kita- und einem Hortkind muss künftig fast zehn Prozent ihres Monatsnettos nur für Kinderbetreuung aufwenden (182,- Euro). Eine vierköpfige Familie mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 2.965,- Euro und einem Kita- und einem Hortkind hat künftig sogar 16 Prozent ihres Monatsnettos nur für die Kita zu zahlen.



Die Unterschriften gegen die Kita-Politik des Senats sind ohne begleitende Werbekampagne oder hochprofessionelle Unterstützung gesammelt worden. Deshalb ist das Ergebnis umso beeindruckender. Der Senat hat jetzt eine Rückmeldung, wie die

+++ FÜR die Schulreform: Möglichkeit der Briefwahl nutzen +++ Trauriger Höchststand bei HIV-Neuinfektionen +++ Verfassungsgerichtsurteil: Krankenhausverkauf kommt Hamburg teuer +++ Wohnungsbau: Senat erreicht Ziele nicht +++

→ PRESSESPIEGEL

Zum „Fall Frigge“:

„Hamburgs Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) wird in der rheinland-pfälzischen CDU-Parteispendenaffäre in einem zweiten Verfahren Auskunft geben müssen. Die SPD-Fraktion im Mainzer Landtag will einen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Finanzaffäre beschließen.“

Die Welt, 10. Juni 2010

„Es werden erste Risse in der schwarz-grünen Koalition sichtbar.“

Hamburger Morgenpost, 5. Juni 2010

„Auch die Berufung (...) Frigges wurde seit der Ermittlung der Staatsanwaltschaft zum PR-Gau.“

Hamburger Abendblatt, 5. Juni 2010

Zur desolaten Haushaltslage:

„Für die GAL stehen ihre Prestigeprojekte auf dem Spiel: keine Stadtbahn, vielleicht nicht mal eine Schulreform – das wäre ein grüner Scherbenhaufen. Dann bliebe vom schwarz-grünen Experiment für die Grünen nur der Stolz, aus von Beust einen liberaleren Schwarzen gemacht zu haben.“

NDR 90,3, 29. Mai 2010

„So ist die neue Einsicht des Bürgermeisters auch ein Eingeständnis des eigenen Versagens: Ole von Beust hat über die Verhältnisse regiert.“

Die Welt, 28. Mai 2010

„Wie von Beust sein neuestes Bekenntnis, sich selbst und den Bürgern finanzpolitisch über Jahre etwas vorgegaukelt zu haben, im Rückblick einmal ausgelegt werden wird, ist fraglich.“

Hamburger Abendblatt, 28. Mai 2010

„Pleite ist nicht nur die Stadt, politisch bankrott ist auch die CDU, die Hamburg seit neun Jahren regiert. (...) Politisch überleben wird Schwarz-Grün das kaum. Zu recht. Nicht weil die Koalition nun spart. Sondern weil die CDU die Misere jahrelang nur verkleistert hat.“

taz-hamburg, 28. Mai 2010

Zur SPD-Sicherheitsinitiative „Bahnsteigkante“:

„Vielleicht ist der Vorstoß der Hamburger SPD-Bürgerschaftsfraktion die wirklich einzige Lösung, um dem Gewaltproblem auf dem S-Bahnhöfen Hamburgs zu begegnen.“

Harburger Anzeigen und Nachrichten, 25. Mai 2010

Ausgeträumt: das Märchen vom ausgeglichenen Haushalt

Was ein Befreiungsschlag werden sollte, wurde ein Schlag ins Wasser: In einem Pressegespräch hat Bürgermeister Ole von Beust (CDU) in der Finanzpolitik „kreative Buchführung“ eingeräumt – und damit zugegeben, die Öffentlichkeit über die tatsächliche Lage des Hamburger Haushalts jahrelang getäuscht zu haben.

„Die Zeit des Schönredens ist vorbei“, erklärte von Beust den anwesenden Journalisten – und gab SPD-Fraktionschef Michael Neumann ungewollt eine Steilvorlage: „Wenn der Bürgermeister jetzt die Devise ‚Die Zeit des Schönredens ist vorbei‘ verkündet, gesteht er damit eines ein: dass er selbst, der damalige CDU-Landesvorsitzende und Finanzsenator Michael Freytag sowie Ex-Finanzsenator Wolfgang Peiner die tatsächliche Lage der Hamburger Finanzen jahrelang schöngeredet haben“, sagte Neumann. Freytag und Peiner widersprachen ihrem Parteifreund von Beust postwendend – diese Zerrissenheit innerhalb der CDU lässt ahnen, wie schwierig es um den Hamburger Haushalt bestellt ist.

Auf die Äußerungen des Bürgermeisters reagierte die SPD prompt. „Das ganze macht deutlich: Der schwarz-grüne Senat steht politisch wie finanziell vor dem Bankrott“, sagte SPD-Fraktionschef Michael Neumann. Die Finanzlage der Stadt sei desaströs. Im Haushalt fehlten strukturell 500 Millionen bis eine Milliarde Euro jährlich. Bürgermeister von Beust habe zwar immerhin endlich zugegeben, dass es den laut CDU „aus eigener Kraft ausgeglichenen Haushalt“ nie gegeben hat. „Dass ihm nach dieser erzwungenen Einsicht aber nichts anderes einfällt, als die Bürgerinnen und Bürger zur Kasse zu bitten, ist nicht mehr nachvollziehbar“, sagte Neumann. Er bezog sich etwa auf die Entscheidung des schwarz-grünen Senats, die Gebühren für die Betreuung in den Hamburger Kindertagesstätten zu erhöhen.

Nicht nur die Rückschau, auch der Blick nach vorn sei nach knapp zehn Jahren CDU-Finanzpolitik bedrückend: Der finanzielle Handlungsbedarf steige von rund 550 Millionen Euro im Jahr 2011 auf über eine Milliarde Euro im Jahr 2014. Das zeige, wie wichtig eine Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt ist – etwa durch eine Initiative zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

Den CDU-internen Streit über die Ursachen der dramatischen Haushaltslage nannte der SPD-Finanzexperte Peter Tschentscher „bezeichnend für die unsolide Finanzpolitik der vergangenen Jahre“. Der Streit zwischen von Beust, Freytag und Peiner sei „keine Lösung für die Haushaltsprobleme der Stadt“, sagte Tschentscher. Die Probleme seien von der CDU fahrlässig verursacht worden. Die SPD habe demgegenüber in den vergangenen zwei Jahren bei den Ausgaben des Senats Einsparungen in Höhe von über 500 Millionen Euro vorgeschlagen. CDU und GAL hätten diese Vorschläge aber „in einer verantwortungslosen Ausgabewut“ abgelehnt. „Damit muss jetzt Schluss sein“, so Tschentscher.

Die Mainzer CDU-Finanzaffäre erreicht Hamburg: Senator Frigge auf dünnem Eis

Sie ist die Chef-Aufklärerin im „Fall Frigge“: Hartnäckig und mit einer ganzen Serie parlamentarischer Kleiner Anfragen klärt Britta Ernst die Rolle auf, die der neue Hamburger Finanzsenator Carsten Frigge (CDU) im Finanzskandal der CDU Rheinland-Pfalz spielt. Der Vorwurf: Verdacht der Beihilfe zur Veruntreuung öffentlicher Mittel. Ein Interview mit der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Bürgerschaftsfraktion über Frigge, Finanzen und Fehler des Hamburger Bürgermeisters.

Frau Ernst, Ihre Fraktion hat die Beurlaubung von CDU-Finanzsenator Carsten Frigge gefordert – warum?

Weil er ganz offensichtlich tief in die Finanzaffäre der CDU Rheinland-Pfalz verstrickt ist. Frigge hat als Berater mit seiner Firma C4 von der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz und somit aus Steuermitteln knapp 400.000 Euro bekommen. Es besteht der Verdacht, dass er allerdings für die Partei CDU und deren Spitzenkandidaten Böhr gearbeitet hat. Fraktionsgelder dürfen aber nicht für Parteizwecke verwendet werden. Damit ist Frigge in die Affäre der illegalen Parteienfinanzierung verwickelt. Ein Hamburger Finanzsenator, der in illegale Finanzaktionen verwickelt sein könnte – so etwas geht nicht.

Die Staatsanwaltschaft Mainz ermittelt wegen des Verdachts der Beihilfe zur Veruntreuung öffentlicher Mittel und hat vor kurzem auch die Wohnung Frigges in Hamburg durchsucht ...

... ja, und spätestens diese Ermittlungen hätten Konsequenzen für den Finanzsenator haben müssen. Wir betreiben keine Vorverurteilung, aber bis

zum Ende der Ermittlungen kann Frigge nicht als politischer Akteur auftreten. Er selbst sieht das nicht ein. Deshalb haben wir den Bürgermeister aufgefordert, Frigge bis auf weiteres zu beurlauben.

Bürgermeister von Beust hält aber an

Frigge fest – warum?

Weil es für ihn der Super-GAU wäre, Frigge nur sechs Wochen nach dessen Nominierung wieder vom Spielfeld nehmen zu müssen. Von Beust hat – nach dem unsäglichen Justizsenator Kusch – jetzt zum zweiten Mal einen Freund aus alten Zeiten zum Senator gemacht. Und vieles sieht so aus, als würde auch diese Personalentscheidung für von Beust unangenehme Folgen haben. Im Umgang mit dem Fall Frigge gibt Herr von Beust heute schon eine unglückliche Figur ab. Ich glaube, er hat mit der Auswahl Frigges einen Fehler gemacht.

Was meinen Sie?

Der Bürgermeister hat Herrn Frigge zum Finanzsenator gemacht, als längst über dessen mögliche Verstrickung in den



Mainzer CDU-Skandal gesprochen wurde. Schon das ist abenteuerlich. Ich habe in einer Kleinen Anfrage wissen wollen, ob Herr von Beust bei der CDU Rheinland-Pfalz für ein Engagement zu Gunsten Frigges geworben habe. Erst hat der Senat gesagt, entsprechende Gespräche

habe es nicht gegeben – dann hat man eingeräumt,

dass der Bürgermeister sich sehr wohl für Frigge eingesetzt hat. Das macht alles einen schlechten Eindruck und schwächt auch die Position des Finanzsenators. Es gibt neben der juristischen nämlich auch noch eine politische Perspektive in dieser Angelegenheit.

Was bedeutet das?

Die Hamburger Finanzen sind in dramatischer Schieflage. Der Finanzsenator muss jetzt das Heft in die Hand nehmen. Das kann er aber nicht, wenn ihm ein Prozess droht. Und es kann draußen auch niemand verstehen, dass der Senator von Eltern bis zu 100 Euro mehr pro Monat für die Kinderbetreuung einfordert, aber gleichzeitig unter dem Verdacht steht, fast 400.000 Euro aus öffentli-

chen Mitteln zu Unrecht erhalten zu haben.

Wie hat sich Frigge in der Bürgerschaft geäußert?

Gar nicht. Als wir seinen Fall debattiert haben, war er nicht mehr da. Vorher hat er gesagt, ihm als Berater könne es egal sein, woher das Geld für seine Dienstleistung stammt. Wer aber wissentlich öffentliche Mittel einnimmt, die für andere Zwecke vorgesehen sind, bewegt sich auf dünnem Eis. Wer so etwas tut, ist in akuter Gefahr, sich der Beihilfe zur Veruntreuung öffentlicher Mittel schuldig zu machen. Das weiß auch Senator Frigge.

Schwarz-Grün hat Ihren Antrag auf Beurlaubung Frigges abgelehnt. Ist das Thema jetzt erledigt?

Natürlich nicht. In Mainz wird es einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Finanzskandal und damit auch zu Frigges Arbeit geben. Die Staatsanwaltschaft ermittelt weiter. Und wir werden den Fall auf der politischen Bühne in Hamburg weiter aufklären und thematisieren.